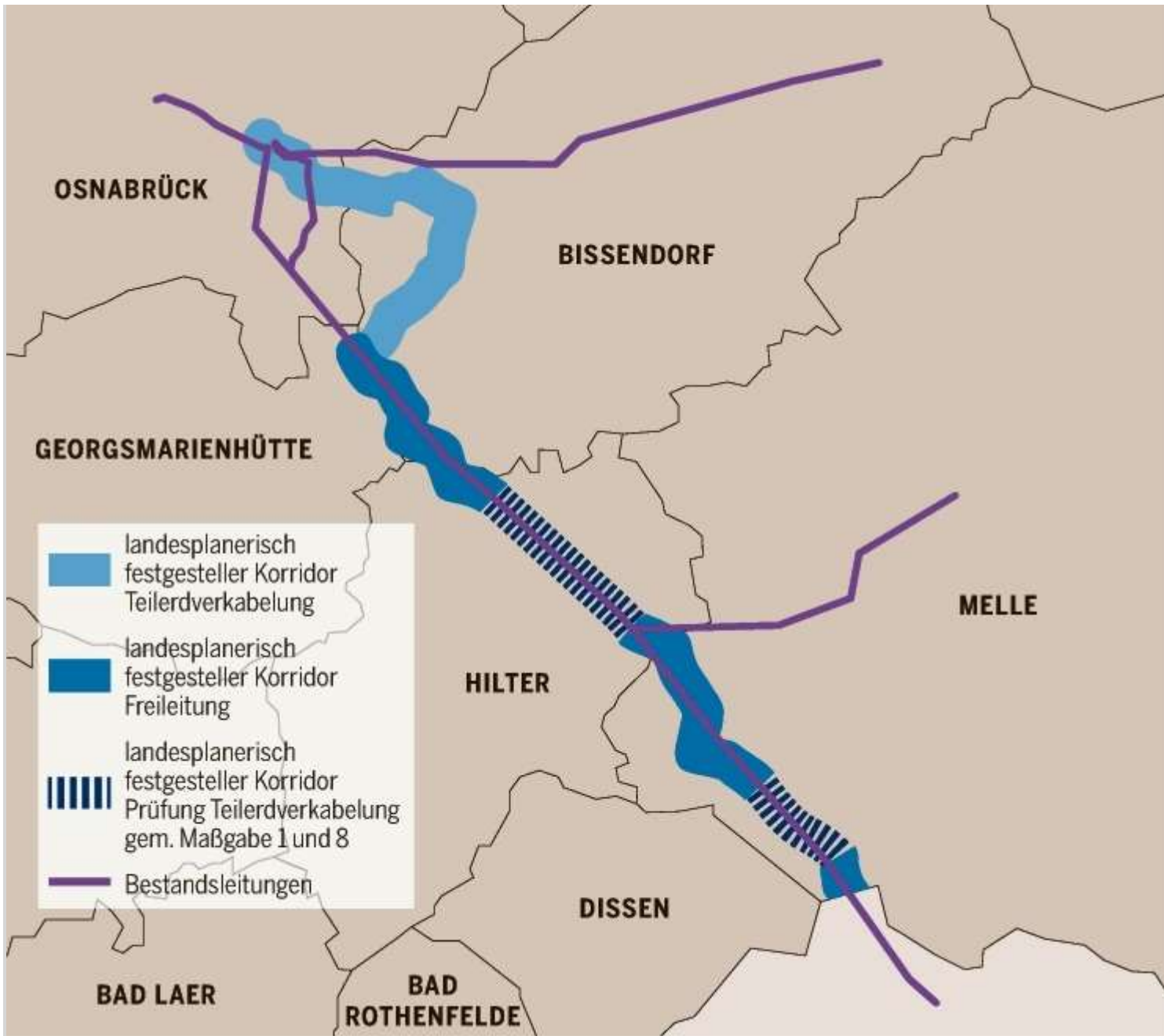


380-kV-Leitung: Bürgerinitiative verlangt Klarheit / Neue Aussage des Bundesministeriums



Die Trasse zwischen Lüstringen und der Landesgrenze. Für die Abschnitte in Borgloh und Wellingholzhausen kündigt Amprion weitere Prüfungen an. Grafik: Amt für regionale Landesentwicklung

Simone Grawe

Melle/Hilter Erdkabel sind inzwischen Stand der Technik: Zu diesem Ergebnis kommt das Bundeswirtschaftsministerium in einem Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes. Die Bürgerinitiative „Keine 380-kV-Leitung am Teuto“ ist darüber hochofret. Sie fordert jetzt eine klare Aussage aus der Politik. Netzbetreiber Amprion kündigt unterdessen Kartierungs- und Vermessungsarbeiten für die Abschnitte zwischen Gütersloh und Wehrendorf an. **Ziel: Schnellerer Ausbau**

Im September hat das Bundeswirtschaftsministerium den Entwurf zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes veröffentlicht: „Ziel ist in erster Linie die Beschleunigung des Netzausbaus durch Verkürzung von Planungsverfahren und Einschränkung weiterer Bürgerrechte. Zudem ist die Aufnahme von 35 neuen Netzausbauvorhaben und die Änderung von neun bisherigen Vorhaben geplant. Entgegen der immerwährenden Behauptung Amprions kommt das Ministerium

endlich deutlich zum Ergebnis, dass Erdkabel inzwischen Stand der Technik sind“, betont Initiativensprecher Frank Vornholt.

Für die Bürgerinitiative (BI) ist damit eindeutig klar: Diese erneute Gesetzesänderung dürfe nicht nur zur Verschärfung der Situation für die Betroffenen und zugunsten der Vorhabenträger genutzt werden. Die Politik in Berlin muss nach Aussage von Frank Vornholt diese Chance nutzen, um ganz konkret für das Osnabrücker Land Verbesserungen zu erreichen. „Wir fordern weiterhin eine Voll-Erdverkabelung für die Strecke von Wehrendorf nach Borgholzhausen“, untermauert Frank Vornholt die seit Jahren geäußerte Forderung der BI nach einem Erdkabel auf der gesamten Strecke von Gütersloh nach Wehrendorf.

Nach seinen Worten habe Amprion jüngst immer wieder bewiesen, dass trotz einer Erdkabel-Pilotstrecke keine Bereitschaft bestehe, alle Konfliktbereiche mit Mensch und Natur durch den Einsatz von Erdkabeln zu minimieren: „Vielmehr wird alles versucht, um so viel Freileitung wie möglich zu bauen ohne Rücksicht auf die Betroffenen“, echauffiert sich der BI-Sprecher, der jetzt klare Ansagen aus der Politik fordert. **Messungen ab 15. Oktober**

Unterdessen hat Amprion umfangreiche Kartierungs- und Vermessungsarbeiten angekündigt. Sie sollen am 15. Oktober beginnen: „Die Ankündigungen haben wir in den lokalen Medien als Anzeige geschaltet, aber auch die betroffenen Kommunen gebeten, diese in ihren Schaukästen auszuhängen oder auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen“, erklärt Amprion-Sprecher Michael Weber auf Anfrage. „Stand heute planen wir, die beiden Anträge auf Planfeststellung für die beiden Abschnitte im Laufe des nächsten Jahres bei der zuständigen Behörde einzureichen“, führt Michael Weber aus. Konkret geht es um den Abschnitt von Wehrendorf bis zur Umspannanlage Lüstringen sowie um den Korridor vom Punkt Königsholz (Landesgrenze) bis zur Umspannanlage Lüstringen. Zuständig ist die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Hannover.

Die Karten mit den beiden Korridoren sehen Freileitungs- und Teilverkabelungsabschnitte, aber auch Abschnitte vor, die Amprion im Planfeststellungsverfahren noch mal prüfen möchte. Konkret betrifft dies die Abschnitte in Wellingholzhausen und Borgloh. Zu weiteren Details der Leitungsführung wollte sich der Amprion-Sprecher nicht äußern.

Die Erwartungshaltung, dass im Südabschnitt zwischen Lüstringen und der Landesgrenze ein Erdkabel verlegt wird, ist für die BI eher gering: „Wir rechnen damit, dass selbst in den Konfliktbereichen in Wellingholzhausen und Borgloh offenbar rücksichtslos mit einer Freileitung geplant wird. Umso mehr setzen wir auf die Unterstützung und den Schutz durch die politisch Verantwortlichen“, erklärt Vornholt. Für den Abschnitt von Wehrendorf nach Lüstringen wurde das Scoping-Verfahren eröffnet. In diesem Verfahren wird der Untersuchungsrahmen für die Umweltverträglichkeitsprüfung festgelegt. Die Bürgerinitiative hat nach Aussage von Frank Vornholt eine Stellungnahme abgegeben: „Diese wird trotz mehrmaligem Widerspruch der BI von der zuständigen Landesbehörde in Hannover nicht einbezogen“, moniert er. **Virtuelle**

Versammlung

Es wurden dennoch die Aspekte Erdverkabelung, Schutz der betroffenen Anwohner und Schutz des kulturgeschichtlich bedeutsamen Wasserschlosses Schelenburg ausgeführt und übersandt. Da die aktuelle Corona-Situation keine persönlichen Treffen zulässt, wird die Bürgerinitiative erstmalig in einer virtuellen Bürgerversammlung über den aktuellen Verfahrensstand informieren, kündigt der Initiativensprecher an.